

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(42. Sitzung am 25. April 2024)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur „Verhaftung der RAF-Terroristin Daniela Klette“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2742](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag - vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen - den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 12) sowie den heutigen mündlich vorgetragenen redaktionellen Ergänzungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Rüdiger Kauroff (SPD)

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2219](#)

dazu: Eingaben 00714/02/19 und 00715/02/19

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Beratung über den Gesetzentwurf zurückzustellen und wie folgt weiter zu verfahren: Im Rahmen einer Kompetenzprüfung durch das MI soll zunächst festgestellt werden, ob das Land in diesem Bereich eine Regelungskompetenz besitzt bzw. welcher Gestaltungsspielraum dem Land neben der bundesrechtlichen Regelungskompetenz bleibt. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen dem GBD für eine Bewertung und nachfolgend dem Ausschuss im Rahmen einer schriftlichen Unterrichtung mitgeteilt werden.

Der Vertreter des MI kündigt an überdenken zu wollen, ob im Falle einer positiven Prüfung, eine Aufnahme des Anliegens aus dem Gesetzentwurf in eine grundlegende Novellierung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes erfolgen könne.

Bezüglich der dem Gesetzentwurf zugeordneten Eingaben empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die in die Beratungen einbezogene Eingabe 00714/02/19 hinsichtlich des Petitums zu Artikel 1 des Gesetzentwurfs mit dem Abschluss der Beratung für erledigt zu erklären, da die diesbezüglichen Anregungen übernommen wurden, sowie im Übrigen den Einsender der Eingabe über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Ferner empfiehlt er dem Landtag, die Eingabe 00715/02/19 der Landesregierung als Material zu überweisen und den Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr und des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (Gesetz zum Einsatz unbemannter Luftfahrtsysteme im Brand- und Katastrophenschutz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2714](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU ([Drs. 19/2714](#)) künftig zusammen mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 19/3799](#)) zu beraten. Hierzu merkt ein Vertreter des MI an, dass der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU aus Sicht des MI einer ganzheitlicheren Betrachtung, insbesondere hinsichtlich der Auswirkung auf andere Landesgesetze bedürfe, und er an das niedersächsische Gesetzeswerk entsprechend angepasst werden müsse. Der Ausschuss bittet einstimmig das MI, einen entsprechenden Formulierungsvorschlag zu erarbeiten, und den GBD, diesen rechtlich zu prüfen, bevor er dem Ausschuss vorgelegt wird.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes, des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes und des Niedersächsischen Beamtengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3799](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Planung für eine Anhörung zu den gemeinsam zu beratenden Gesetzesentwürfen (siehe Tagesordnungspunkt 4) der Fraktion der CDU ([Drs. 19/2714](#)) und der Landesregierung ([Drs. 19/3799](#)) aufzunehmen und diese Anhörung durchzuführen, sobald der unter

Tagesordnungspunkt 4 erbetene Formulierungsvorschlag nebst Prüfung durch den GBD vorliegt.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (Helfergleichstellungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3367](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Er beschließt einstimmig, zu dem Gesetzentwurf eine mündliche Anhörung durchzuführen und hierfür Hilfsorganisationen sowie die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände einzuladen.

7. **Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrages**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4056](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Im Zuge dessen nimmt er die Einbringung des Gesetzentwurfs durch einen Vertreter des MI sowie diesbezügliche Anmerkungen durch den GBD entgegen. Der Ausschuss beschließt einstimmig, eine schriftliche Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände und des Landesbeauftragten für den Datenschutz durchzuführen.

8. **Sozialbetrug mit Scheinvaterschaften stoppen - Gesetzeslücken schließen - Verfahren endlich effektiv gestalten**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/3980](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

9. **Frauen und Mädchen jetzt vor Gruppenvergewaltigungen schützen! - Dunkelfeld aufklären und mehr Rechtssicherheit schaffen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/3360](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

10. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss bespricht Terminfragen. Er kommt unter anderem überein, die geplante Sitzung am 2. Mai 2024 entfallen zu lassen. Des Weiteren beschließt er, am 6. Juni 2024 eine ganztägige Sitzung durchzuführen.